

# Vossische



# Zeitung

10 Pfennig

Gründet

1704

Mit-

Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Verlags-Zentrale Ullstein: Am Dönhofsplatz 7/8, 1060-1065, 1066  
Für den Paragrafenamt Am Dönhofsplatz 3008-3009  
Telegraphen-Adresse: Ullsteinhaus Berlin, Postfach 1000 Berlin 100.

## Einigung im Kabinett?

### Das Kompromiß gefunden

Das Reichskabinett, das seit 11 Uhr unter dem Vorsitz des Kanzlers versammelt ist, hat seine Beratung in den ersten Nachmittagsstunden noch nicht beendet. Aber man erwägt zuverlässig, daß über die hauptsächlichsten Streitpunkte eine Verständigung bereits erreicht ist. Die Schritte für die Arbeitslosen-Versicherung werden dem Vermittlungsvorstand entsprechend aufgebracht durch eine geringe Erhöhung der Beiträge und durch 50 Millionen aus dem Reservefonds der Bank für die Industrieobligationen. Wenn die Reichsanstalt nicht autonom eine Beitragserhöhung beschließt, weil sich Arbeiter und Arbeitnehmer nicht einigen können, soll die Regierung durch eine Gesetzesänderung bevollmächtigt sein, die Beitragserhöhung anzuordnen.

In den Reichs-Etat 1930 werden für die Arbeitslosen-Versicherung lediglich 150 Millionen eingelegt, die durch die Eisenbahn-Vorzugsanleihen beschafft werden sollen.

Es soll schon jetzt festgelegt werden, daß der Etat von 1931 auf der Ausgabe-Seite nicht höher sein darf als der Etat 1930. Dadurch ergeben sich von vornherein Ersparnisse von mindestens 450 Millionen, vielleicht aber auch 600 Millionen, die zur Senkung direkter Steuern verwendet werden sollen. Das „Stoßper“ spielt in den heutigen Beratungen keine Rolle.

Das Kabinett ist, wie erwähnt, noch beisammen. Aber auf unregelmäßige parlamentarische Zwischenfälle daran, daß die Verständigung erreicht ist. Sie soll in den Fraktionen, die nachmittags zusammentreten, mitgeteilt werden.

### Die Industrie-Obligationen

Die Bank für Deutsche Industrie-Obligationen ist nun fast hundert auf Grund des Dawes-Plans errichtet worden, um den Zins- und Tilgungsbedarf der von der Industrie übernommenen Obligationen in Höhe von 5 Milliarden Mark zu decken und die jeweils fälligen Beträge an den Reparationsorganen abzuführen. Zur Zeit sind lediglich 300 Millionen ausgegeben, eine Summe, die sich nach 200 000 einzelnen Gesellschaften teilt. Um den Wert der Bildung von Reserven zu ermöglichen, wird von den Gesellschaften ein Extrazuschlag von 10 p. c. erhoben. Auf diese Weise konnte die Bank

bis Ende 1928 Reserven in der Höhe von 67,5 Millionen annehmen. Der Fonds hat im Jahre 1929 eine weitere Verhäufung erfahren. Die Frage, wann diese Reserven bei einer Liquidation der Bank gehören, ist rechtlich nicht geklärt. Sie wurde in letzter Zeit lebhaft erörtert, da das Inkrafttreten des Young-Plans der Bank ein Ende bereiten wird. Die Industrie, aus deren Beiträgen der Fonds angelegt wurde, erhebt Anspruch auf Wiederverhaftung ihrer Gelder zu den nicht gezahlten Beträgen. Aber auch die Bank hält sich für berechtigt, wenigstens einen Teil der Gelder für die Zwecke der Allgemeinheit zu verwenden.

### Opposition in den eigenen Reihen

Für den 4. März hat die kommunistische Internationale in der ganzen Welt Kundgebungen angesetzt. Vielfach sind Berichte dieser Kundgebungen erfolgt. In Preußen besteht ein Verbot öffentlicher Demonstrationen. Dieses Verbot wird unter allen Umständen aufreht erhalten. In Berlin hat sich in letzter Zeit eine starke Opposition in der kommunistischen Partei gegen die Führung geltend gemacht, die bei der Festlegung der Moskauer Beschlüsse teilweise Rücksicht auf die Arbeiterinteressen nahm. Die einzigen Demonstrationen sollen die Straßengewalt „armierter“ sein. Es scheint aber, daß die Genehmigung eher in den Kreisen der kommunistischen Partei eintritt. Die Polizei wird jedenfalls auch morgen allen Versuchen, verbotswidrige Versammlungen zu unternehmen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Die feindselige Attitüde der kommunistischen Internationale wird vielfach als ein Zeichen für die Verschärfung der Verhältnisse in Rußland gedeutet. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß die bestehende Gruppe des russischen Sozialismus, die von Stalin geführt wird, sich neuerdings gerüstet gesehen hat, den Gemütern dieser Kreise zu brechen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Einlenken nur auf wirtschaftliche Erkenntnisse zurückzuführen ist. Daß die Verstärkung - er religiösen Einrichtungen in der ganzen Welt einen überaus schlechten Eindruck gemacht hat, wird wohl auch in Moskau nicht gerade als Erfolg gemeldet werden.

Die kommunistische Propaganda in den Reichskabinetten hängt im Moment in ihre Fesseln, nicht, wie glücklich diese Kreise darüber sind, daß die bolschewistische Propaganda diesen die Möglichkeit gibt, ihre staatsfeindlichen Pläne zu maskieren. In diesem Zusammenhang ist erwähnt, daß der Reichstag jüngst in einem Schreiben an den Münchener Kardinal Faulhaber der Kirche seine Bundesgenossenschaft im Kampf gegen den

### Für Dreißigacker

Der Gesamtverband der Volkshochschule Thüringen hat auf die Mitteilung über die Entscheidung der Thüringischen Versammlung beschlossen. Die Arbeit der Volkshochschule Thüringen unter allen Umständen so weit als möglich weiterzuführen. Er hat die Geschäftsführung einem ehrenamtlichen Drei-Männer-Kollegium übergeben und wird sich demnach mit einem Aufsat in die Öffentlichkeit wenden. Insbesondere soll auch das Volkshochschule in Ullstein Dreißigacker. Das nicht nur aus thüringischen Mitteln unterhalten wird, weitergeführt werden.

Wie parteilich der nationalsozialistische Minister Fried verfährt, ergibt sich daraus, daß der staatliche Zuschuß für die christlich-nationale Bundeshochschule in Heidenheim bei Erfurt wie auch für alle den nationalsozialistischen Bewegung schmeichelt in Ost-Berlin mit geringen Kürzungen weitergeführt werden soll.

## Kommunistische Manöver

Vollkommen angeboten hat. Der Radikal wurde gebeten, sich für die Führung des Kampfes mit den christlichen Organisationen des Stahlwerks in Verbindung zu setzen und so eine besondere Kampfgemeinschaft zu schaffen.

Der Radikal hat jetzt auf dieses Angebot sehr zurückhaltend geantwortet. Er erklärt, die Entscheidung darüber, ob die russische Volkshochschule die Welt erobern werde, hänge davon ab, ob ihm die Erhebung Deutschlands gelingen werde. Ichte aber die Volkshochschule der Volkshochschule im äußersten Fall mit Selbstgewalt bannen wolle, während der Kirche jedes gemeint eingeleitet gegen das Gewissen gehe und lie nur einen Rettungsversuch mit geistlichen Mitteln und mit geistlich tätigen Wesen machen könne. In ähnlichem Sinne hat sich der Präsident der evangelischen Landeskirche Bayerns geäußert.

Es ist bemerkenswert, daß der „Berliner Volksanzeiger“ die Entscheidung Faulhabers an den Stahlwerken nur soweit wiedergibt, als sie sich gegen den Bolschewismus wendet, während die Höhe festsetzt, die den bemerktesten Kampf ablehnen. Auf diese Höhe kommt es aber dem Radikal an, während dem Stahlwerk und dem Gemen Fugenberg-Reis die Gewerbe die Hauptrolle sind.

### Demonstrationsverbot in Sachsen

Mit Rücksicht auf die Ankündigung der Kommunisten für den 6. und 13. März und die dazugehörige Zeit, Demonstrationen und sogenannte „Bunnenmärsche“ zu veranstalten, hat das sächsische Ministerium des Innern auf Grund des Artikels 129 der Reichsverfassung für das Gebiet des Freistaates Sachsen für die Zeit vom 6. bis 13. März alle Versammlungen, Umzüge und sonstigen demonstrativen Versammlungen unter freiem Himmel verboten.

### Der Diplomat im Vatikan

Rom, 5. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Der Papst hat gestern die übliche Ansprache an die eintreffenden Fastenprediger gehalten, bei der er wieder auf das Problem der Jugendberührung einging. Er beklagte diesmal besonders, daß sich die Eltern nicht genügend darum kümmern, wo sich ihre Kinder herumtreiben und daß die Kinder den Gehorham verlernt hätten. Sodann äußerte er seine tiefen Bedenken gegen einen von dem sächsischen „Butenbündel-Berlag“ herausgegebenen Katalog von Büchern, die als Leitfaden für die Jugend empfohlen werden.

Der Papst beklagte, daß darunter offensichtlich schädliche Werke seien und daß der Hofnung Ausdruck, daß der Katalog in einer verbesserten Auflage herauskommen möge. „Diese meine Kritik“, fügte der Papst hinzu, „darf keinesfalls als Zeichen der Abwendung über den Freistaat gegenüber dem Vertragsabgeordneten (Butenbündel) aufgefaßt werden. Ich lege sogar Wert darauf zu erklären, daß dieses Schreiben gerade für die Erziehung der Jugend von herausragender Wichtigkeit sein werden.“

Es ist das erste Mal, daß der Papst nach der bekannten, gerade wegen der Ereignisse im Vatikan eingetretenen Spannung zwischen Vatikan und Sozialismus diesem ein öffentliches Lob auspricht.

### Unruhen in Manila

Man Manila, der Hauptstadt der Philippinen, werden Eindeutungen gemacht, die zu blutigen Zusammenstößen mit der Polizei geführt haben.

## Polnischer Handelsvertrag fertig

Unterzeichnung noch in dieser Woche

Warschau, 5. März | Ullstein-Nachrichtendienst

Die innerpolitischen Vorgänge in Berlin werden in der polnischen Öffentlichkeit mit einiger Spannung verfolgt, da ihre Rückwirkungen auf Annahme oder Ablehnung des Liquidationsvertrages und noch mehr auf das Schicksal des kommenden deutsch-polnischen Handelsvertrages hier natürlich richtig erkannt werden. Die Handelsvertragsverhandlungen sind hier seit dem letzten Tage so weit vorgeschritten, daß mit ihrem Abschluß noch in dieser Woche gerechnet werden kann.

Der sogenannte „kleine“ Handelsvertrag, der jetzt bis auf einige letzte Ergänzungen fertig vorliegt, soll zunächst nur für ein Jahr gelten, allerdings im Falle der Nichtabfindung dann automatisch weiterlaufen. Er umfasst beinahe alle Warenarten, die auch in einem „großen“ Handelsvertrag zu regeln wären, mit Ausnahme spezieller Kolonialwaren, an deren Stelle die gegenseitige Gleichberechtigung tritt. Alle Streitfragen über Niederlassungsrecht, polnisches Rohlen- und Schmelzkontingent usw. sind jetzt ausge-

räumt, und die letzten Verhandlungstage dürften nur noch der Frage des Anteils der deutschen Schiffahrtsgesellschaften an dem polnischen Seehandelsverkehr zu widmen sein.

In den Kreisen der ausländischen Handelsvertretungen in Polen erwartet man eine erhebliche Besserung der deutschen Handelsverhältnisse nach der Ratifizierung dieses Vertrages. Infolge der Gewöhnung der Weltöffentlichkeit werden, so nimmt man an, die deutschen Importe in erster Reihe den Waren eintretender Einzelniederlassungen modien, und erst in zweiter Reihe der einheimischen polnischen Industrie, die ja ihren bisherigen allgemeinen polnischen Markt und nur die besonderen Schutzmaßnahmen verliert, die gegenüber Deutschland während des Weltkrieges gelten.

Vor der letzten Abstimmung über den deutsch-polnischen Liquidationsvertrag dürfte der Handelsvertrag in Berlin bereits fertig vorliegt werden können, so daß sich dann die Auswärtigen Ämter deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen eingeleitet übersehen läßt.













